

Antrag Nr. 07-O-26-0069

CDU-Fraktion

Betreff:

Verkauf der wohnbaueigenen Immobilien (CDU)

Antragstext:

Der Magistrat der LH Wiesbaden wird gebeten sicherzustellen, dass bei einem geplanten Rückzug der Wohnbau Mainz aus AKK die betroffenen Immobilien nicht an private Investoren, sondern an eine staatliche Wohnungsgesellschaft – vorzugsweise die GWW – verkauft werden.

Aufgabe der Wohnbau Mainz war es, die Bevölkerung – insbesondere die einkommensschwächere Bevölkerung – mit gutem und preiswertem Wohnraum zu versorgen. Zu diesem Zweck wurde sie bei Bau, Renovierung und Sanierung von staatlicher, auch kommunaler Seite finanziell und steuerlich unterstützt. Bei einem Verkauf dieser dermaßen geförderten Wohnungen an private Investoren ist zu befürchten, dass die soziale Zielsetzung der Fördermaßnahmen verloren geht, die Mieter verunsichert und zur Kasse gebeten werden und die Früchte der staatlicherseits eingesetzten Mittel unverdientermaßen privaten Investoren zufallen. Dies kann nur durch Überführung der in Frage stehenden Immobilien in ein der Gemeinnützigkeit verpflichtetes Unternehmen vermieden werden.

Mainz-Kostheim, 21.05.07

Prof. a.D. Dr. Alfred Malcherek